

 Bundeskanzleramt

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

 Bundesministerium
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

 Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Geschäftszahlen:

BMKÖS: 2022-0.885.900

BKA: 2023-0.036.963

BMBWF:

52/4.1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 28./29. November 2022

Am 28./29. November 2022 fand in Brüssel die 3913. Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt.

Die österreichische Delegation im Rat Bildung wurde von Gesandten MMag. Gregor Schusterschitz geleitet. Für Österreich nahm Gesandter MMag. Gregor Schusterschitz in Vertretung von Staatssekretärin Claudia Plakolm, die erkrankt war, am Rat Jugend am 28.11.2022 teil. Beim Rat Kultur und audiovisuelle Medien sowie beim Rat Sport war Österreich durch Vizekanzler und Bundesminister Mag. Werner Kogler vertreten.

Den Vorsitz in den jeweiligen Segmenten führte der tschechische Minister für Bildung, Jugend und Sport Vladimír Balaš sowie der tschechische Kulturminister Martin Baxa. Die Europäische Kommission war durch die Kommissarinnen Mariya Gabriel und Věra Jourova repräsentiert.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

Tagung des Rates – Teil Bildung

- Der Rat nahm eine Empfehlung über Wege zum schulischen Erfolg an, welche die Empfehlung vom 28. Juni 2011 über Maßnahmen zur Verringerung von Schulabbrüchen ersetzt. Vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres der Jugend 2022 und der

Europäischen Säule sozialer Rechte, soll mittelfristig die Anzahl der Sekundarstufabsolvent:innen erhöht und dadurch frühzeitige Schul- und Ausbildungsabbrüche verringert werden. Den Mitgliedstaaten wird empfohlen umfangreiche Strategien, in Übereinstimmung mit der Struktur ihrer nationalen Bildungssysteme, zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln, die u.a. Inklusion in Bildung und Ausbildung fördern und frühzeitige Schul- und Ausbildungsabbrüche sowie unzureichende Fähigkeiten in Grundfertigkeiten reduzieren.

- Der Rat nahm Schlussfolgerungen über die Förderung des Wohlergehens in der digitalen Bildung an. Digitalisierung hat im Bildungsbereich auch auf EU-Ebene in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, was sich u.a. im Aktionsplan für digitale Bildung (2021-2027) zeigt. In diesem Kontext haben die Schlussfolgerungen zum Ziel, dass das Wohlergehen von Lernenden im Rahmen der europäischen und nationalen Digitalisierungsbestrebungen in Strategien zu digitaler Bildung berücksichtigt wird. Dazu sollen sich Themen, wie Beachtung von on-screen/off-screen Zeiten, besonderer Bedürfnisse von Lernenden sowie Bewusstmachung von Risiken im Zusammenhang mit persönlichen Daten, in nationalen Strategien und Maßnahmen niederschlagen.
- Im Anschluss führte der Rat eine Orientierungsaussprache zum Thema „Europäischer Bildungsraum (EBR) in Zeiten der russischen Aggression in der Ukraine“. Alle Mitgliedsstaaten erklärten sich in ihren Wortmeldungen weiterhin solidarisch mit der Ukraine. Die in der Pandemie von den Mitgliedsstaaten und Europäischen Kommission gemachten Erfahrungen im gegenseitigen Austausch und Zusammenarbeit, bspw. im Rahmen der High Level Group (HLG) oder in den verschiedenen Expertengruppen, hätten sich, in der durch den russischen Angriff auf die Ukraine verursachten Krise, als sehr nützlich erwiesen. Die Governance-Instrumente des Europäischen Bildungsraums und des europäischen Bildungsrahmens 2030 hätten sich als effektiv und zuverlässig erwiesen. In dieser Hinsicht, bedankten sich die Mitgliedsstaaten bei der Europäischen Kommission für die Flexibilität bei der Vergabe von Förderungen im Rahmen von Erasmus+ und anderen Programmen. Die Mitgliedsstaaten stimmten damit überein, dass geflüchteten ukrainischen Kindern eine hochwertige Bildung ermöglicht werden müsse, wobei auch betont wurde, dass die Einschreibung in nationale Bildungssysteme, um Integration zu fördern, und die Aufrechterhaltung des ukrainischen Distanzunterrichts, einen schwierigen Spagat darstelle. Zudem müssten Medienkompetenzen der Kinder und Jugendlichen in den Vordergrund gerückt werden, um Desinformation und andere negative Effekte zu bekämpfen. Polen und Slowenien forderten zudem stärkere Unterstützung für besonders durch die Ukraine-Krise betroffene Mitgliedstaaten.
- Die Europäische Kommission informierte unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ über den Fortschrittsberichts zum Europäischen Bildungsraum, den Start des Lernlabors für Investitionen in hochwertige Bildung und Ausbildung, die Leitlinien für Lehrer:innen und Erzieher:innen zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen

Kompetenz durch Bildung und Ausbildung und Ethische Leitlinien für die Nutzung von künstlicher Intelligenz und Daten beim Lehren und Lernen für Pädagog:innen sowie die Deep-Tech Talent-Initiative und Verpflichtung (Pledge). Zypern präsentierte die Ergebnisse des High-Level Meetings zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) der Bildungsminister:innen vom 5.-7. Oktober 2022. Abschließend stellte Schweden das Arbeitsprogramm für den EU-Ratsvorsitz für das erste Halbjahr 2023 vor.

Tagung des Rates – Teil Jugend

- Die Schlussfolgerungen zur „Unterstützung der generationenübergreifenden Dimension im Jugendbereich, um Dialog und sozialen Zusammenhalt“ wurden vom Rat angenommen. Das Ziel der Schlussfolgerungen ist die Förderung des Dialogs und Stärkung des sozialen Zusammenhalts.
- In der anschließenden Orientierungsaussprache diskutierten die Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedstaaten über die Umsetzung des Europäischen Jahres der Jugend und erörterten, wie dessen positive Auswirkungen über 2022 hinaus weiterwirken können. Für Österreich hob Gesandter MMag. Gregor Schusterschitz die zahlreichen, österreichischen Initiativen und Veranstaltungen während des Europäischen Jahres wie z.B. die 3. Österreichische Jugendkonferenz, die Abschlussveranstaltung am 10. November 2022 hervor. Darüber hinaus wurden 180 Micro Grants an Jugendliche und Jugendorganisationen aus Geldern des EU Jugendmobilitätsprogrammes Erasmus+ finanziert. Im Zuge der nationalen Abschlussveranstaltung konnte auch ein Jugendgipfel mit den Jugendministerinnen und Jugendminister aus den Westbalkanstaaten abgehalten werden. Österreich forderte, dass bestehende Instrumente der europäischen Jugendpolitik wie der EU Jugenddialog optimiert werden müsse. Eine wichtige Erkenntnis des Europäischen Jahres der Jugend wäre aus österreichischer Sicht die Einführung eines EU Youth Tests. Bereits seit 2013 beziehe Österreich die Perspektive von Kindern und Jugendlichen im Gesetzwerdungsprozess aktiv ein.
- Das Europäische Jugendforum gemeinsam mit dem Vorstand des tschechischen Jugendrates berichtete über die Diskussion des informellen Frühstückstreffens des Vorsitz-Trios sowie Vertretenden aus Spanien mit Jugendlichen.
- Abschließend informierte Schweden über allgemeine Prioritäten, spezifische Schwerpunkte und geplante Veranstaltungen während ihrer Ratspräsidentschaft. Es sind Ratschlussfolgerungen zur sozialen Dimension eines nachhaltigen und grünen Europas im Jugendbereich sowie eine Ratsentschließung zum Ergebnis des 9. Zyklus des EU-Jugenddialogs geplant.

Tagung des Rates – Teil Kultur und audiovisuelle Medien

- Der Rat verabschiedete den EU-Arbeitsplan für Kultur 2023-2026 mit vier Prioritäten für die Zusammenarbeit auf EU-Ebene: Empowering der Kulturakteur:innen und der Kulturbranche, Bedeutung von Kultur für die Gesellschaft, Kultur für den Planeten und Kultur in den EU-Außenbeziehungen. Darin sind für Österreich vorrangige Themen, wie faire Arbeitsbedingungen in der Kulturbranche, Ökologisierung, Baukultur, Kultur und Gesundheit sowie die Unterstützung der Ukraine berücksichtigt.
- Zu Beginn der Orientierungsaussprache zur Unterstützung der Ukraine berichtete der ukrainische Kulturminister Oleksandr Tkatschenko über die Beschädigung von rund 850 Kulturstätten, den systematischen Diebstahl von Kulturgütern sowie die prekäre Situation von Kunstschaffenden und Kultureinrichtungen. Er appellierte an die EU, finanzielle Mittel und Hilfsmaterial auch für den Kulturbereich zur Verfügung zu stellen und die Ukraine langfristig beim Wiederaufbau zu unterstützen. EU-Kommissarin Mariya Gabriel hob die Creative Europe Mittel für die Ukraine in Höhe von 5 Millionen Euro und die Möglichkeit der Abwicklung von Hilfslieferungen über den „EU Civil Protection Mechanism“ hervor. Die EU-Kulturminister:innen informierten über zahlreiche und vielfältige Hilfsmaßnahmen und signalisierten Entschlossenheit dieses Engagement fortzusetzen. Ein regelmäßiger Austausch diesbezüglich ist im neuen EU-Arbeitsplan für Kultur vorgesehen. Auch Österreich sicherte weitere Unterstützung zu, insbesondere im Hinblick auf Energieversorgung, Bedarfsmaterial für Museen im Wege von ICOM, das „Office Ukraine. Shelter for Ukrainian Artists“ und die Sonderförderung des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport für geflüchtete Künstler:innen.
- Der Vorsitz stellte den Fortschrittsbericht zum Europäischen Medienfreiheitsakt (EMFA) vor. Die EU-Kommissarin Věra Jourova betonte die Bedeutung des Rechtsakts angesichts neuer Realitäten und dessen Rolle in Bezug auf den Schutz der Medienvielfalt und Demokratie. Keineswegs wolle der EMFA Zwangsakte für Medien schaffen, sondern Grundprinzipien festhalten und ein europäisches Sicherheitsnetz schaffen, so die Vertreterin der Kommission. Die Mitgliedstaaten unterstützten die Ziele des Verordnungsvorschlages weitestgehend; einige Mitgliedstaaten – darunter auch Österreich – betonten, dass es noch offene Fragen gebe, insbesondere hinsichtlich der Rechtsgrundlage. Vizekanzler und Bundesminister Mag. Werner Kogler betonte, die politischen Ziele des Vorschlags zu unterstützen, Medienfreiheit und Medienpluralismus seien zentrale Elemente der demokratischen Gesellschaft. Gegenwärtig bestünden Fragen unter anderem zur Rechtsgrundlage, zur Unabhängigkeit der Regulierung und zum Handlungsspielraum der Mitgliedsstaaten, z.B. bei der Bestimmung über öffentliche Werbeschaltungen oder den öffentlichen Rundfunk. Man beteilige sich aktiv und

konstruktiv an den Arbeiten, sehe noch Klarstellungsbedarf, aber sei zuversichtlich, dass die Verhandlungen zu einem positiven Abschluss führen würden.

- Unter den sechs Informationspunkten informierte Lettland zunächst über die Kür von Liepāja zur Kulturhauptstadt Europas 2027. Deutschland stellte Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise im Kulturbereich vor und plädierte für einen intensiven Austausch, was von Österreich mit Hinweis auf entsprechende nationale Initiativen unterstützt wurde. Die Delegationen von Estland, Polen, Litauen und Lettland informierten über die anhaltende Ausstrahlung russischer Propagandakanäle trotz des Sendeverbots innerhalb der EU. Die Europäische Kommission präsentierte die neue Wissens- und Innovationsgemeinschaft für Kultur und Kreativität sowie den Gastauftritt bei der Buchmesse in Guadalajara im November 2023. Abschließend gab Schweden einen Ausblick auf den kommenden Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2023.

Tagung des Rates – Teil Sport

- Der Rat nahm die „Schlussfolgerungen zu nachhaltiger und zugänglicher Sportinfrastruktur“ an. Diese widmen sich einerseits der notwendigen Klimaschutzpolitik im Bereich des Sports. Die derzeitige Energiekrise unterstreicht die Bedeutung nachhaltiger und energieeffizienter Lösungen und hebt die Umstellung auf erneuerbare Energieträger auch für die Sportinfrastruktur noch einmal hervor. Als zweiter Schwerpunkt wird in den Schlussfolgerungen die barrierefreie Zugänglichkeit zu Sportinfrastruktur betont. Diskriminierungsfreiheit stellt ein wichtiges Grundrecht und einen Schlüsselfaktor für einen gleichen und inklusiven Zugang zu Sport und körperlicher Betätigung dar. Die Mitgliedstaaten werden dazu eingeladen, auf geeigneter Ebene die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine nachhaltige und zugängliche Sportinfrastruktur für alle sicherzustellen.
- Die Orientierungsaussprache fand zur Frage „Können die aktuellen Krisen als Chance für die künftige Entwicklung des Sports dienen?“ statt. Nach Eingangsstatements von Aleksander Čeferin, dem Präsidenten der UEFA, und Jiří Welsch, einem ehemaligen tschechischen Basketballspieler, nahmen EU-Kommissarin Mariya Gabriel und die EU-Sportminister:innen basierend auf zwei Leitfragen über den Beitrag des Sportsektors zur Lösung der aktuellen Krisen Stellung und tauschten bewährte Erfahrungen, wie man diese Krisen im Bereich des Sports zu Chancen umwandeln könne, aus. Österreich betonte dabei, dass auch in Krisen positive Veränderungen, beispielsweise im Bereich internationaler Zusammenarbeit und bei Nachhaltigkeit im Sport, möglich sind. Österreich berichtete weiters über seine Unterstützungsmaßnahmen im Bereich des Sports während der COVID-19 Pandemie, wie etwa die Initiative „#comebackstronger“ sowie über die finanzielle Unterstützung für Kommunen und Sportvereine, um die

erhöhten Energiekosten abzufangen. Als Teuerungsausgleich für mehrere Jahre wurde die Bundessportförderung um 50 % erhöht. Ziel ist es, die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten der Bürger:innen sowie Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu fördern. Dies werde auch für die nächste Alpine Ski-Weltmeisterschaft in Österreich im Jahr 2025 im Vordergrund stehen.

- Unter den sonstigen Informationspunkten informierte Schweden über Inhalte und Ergebnisse der Sitzung des Stiftungsrates der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) am 18. November 2022 in Montreal. In einem weiteren Punkt informierte die niederländische Delegation zum Thema der „Wahrung der Menschenrechte bei der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen“ und erklärte dazu, dass bereits gesetzte Initiativen dazu weiter verstärkt verfolgt werden sollen. Abschließend präsentierte die schwedische Delegation in einem Informationspunkt ihr Arbeitsprogramm für den kommenden Vorsitz im ersten Halbjahr 2023.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 16. März 2023

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Bundesminister